

Autofixiert



Pascal Faltermann
über grüne Verkehrskonzepte

Es hört sich harmlos an, was die Grünen-Fraktion an Ideen für einen familienfreundlicheren Verkehr in ihrem Positionspapier gebündelt hat. Mit ein paar Ansätzen machen sie sich sicher keine Freunde. Mit ihren geforderten Instrumenten wie Schul- oder Familienstraßen verärgern sie zahlreiche Autofahrer, machen sich sogar zum Feind. Die Verkehrspolitik der Bremer Regierungspartei bevorzugt klar die Radfahrer und Fußgänger. Das Ziel: Den Autoverkehr aus der Stadt herausbekommen. Aber ist das schlimm?

Nein! Vielmehr ist es doch so, dass in den zahlreichen gentrifizierten Stadtteilen Bremens alle von Nachhaltigkeit reden. Doch zum Bio-Supermarkt oder eben vor die Schule fahren dann doch einige mit dem Auto. Die städtische Infrastruktur ist immer noch zu autofixiert. Es ist gut, dass die Grünen mit ihren Ansätzen mehr und mehr den Autoverkehr in der Stadt reduzieren. Doch statt Klein-Klein dürfte es gerne noch etwas radikaler sein, was von der selbst ernannten Umweltpartei kommt. Warum nicht mal ein Modellversuch wie in Madrid? Dort wird mit einer ganzen Reihe an Einschränkungen ein Großteil des Autoverkehrs aus der Innenstadt verbannt.

Bericht Seite 1
pascal.faltermann@weser-kurier.de

Risikoreich



Birgit Holzer
über die Gelbwesten-Proteste

Frankreich atmet kurz auf: Die Chaos-Szenen und erschütternden Verwüstungen bei den Gelbwesten-Protesten der Vorwoche haben sich nicht wiederholt. Entwarnung wäre trotzdem verfrüht. Auch künftig dürften sich Rechts- und Linksradikele unter die Gelbwesten mischen, die die Gewalt-Exzesse für billigen. Denn so finden die Proteste größere Beachtung, die sonst abzunehmen droht.

Vor allem bleibt die Regierung in einer schwierigen Lage: Sie muss Härte zeigen, ohne die Stimmung weiter anzuheizen. Einige der jüngsten Maßnahmen wie höhere Bußgelder für die Teilnahme an nicht genehmigten Versammlungen oder punktuelle Protestverbote an Orten wie den Champs-Élysées wirken daher nachvollziehbar.

Erstmals wurden allerdings am Rande der Gelbwesten-Proteste auch Soldaten eingesetzt. Diese Angehörigen einer Anti-Terror-Einheit haben über ihre Schusswaffen hinaus kaum Mittel, um sich gegen Angriffe von Demonstranten zur Wehr zu setzen. Diese aber sind teilweise extrem gewaltbereit und greifen bewusst Vertreter und Symbole des Staates an. Die Gefahr eines Unglücks besteht. Sie in Kauf zu nehmen, ist ein gravierender Fehler.

Bericht Seite 5
birgit.holzer@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Stellvertretender Chefredakteur: Marcel Auermann
Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner
Art-Direktor: Franz Berding

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · Chefredakteur Kultur/Medien: Dr. Hendrik Werner · Politik: Joerg Helge Wagner
Bremen/Niedersachsen: Marcel Auermann · Wirtschaft: Philipp Jaklin · Kultur: Iris Hetscher · Sport: Mathias Sonnenberg
Leiter Zentralredaktion: Markus Peters · Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann · Büro Lilienthal: André Fesser · Büro Osterholz-Scharmbeck: Antje Borstelmann · Büro Vegesack: Michael Brandt
Büro Berlin: Stephan Haselberger und Antje Sirleschov (Leitung)
Büro Hannover: Peter Miodoch · Büro Hamburg: Nadine Wenzlick
Büro Brüssel: Detlef Drewes · Büro London: Katrin Pribyl
Büro Paris: Birgit Holzer · Büro Washington: Thomas Spang
Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 36,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 73.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

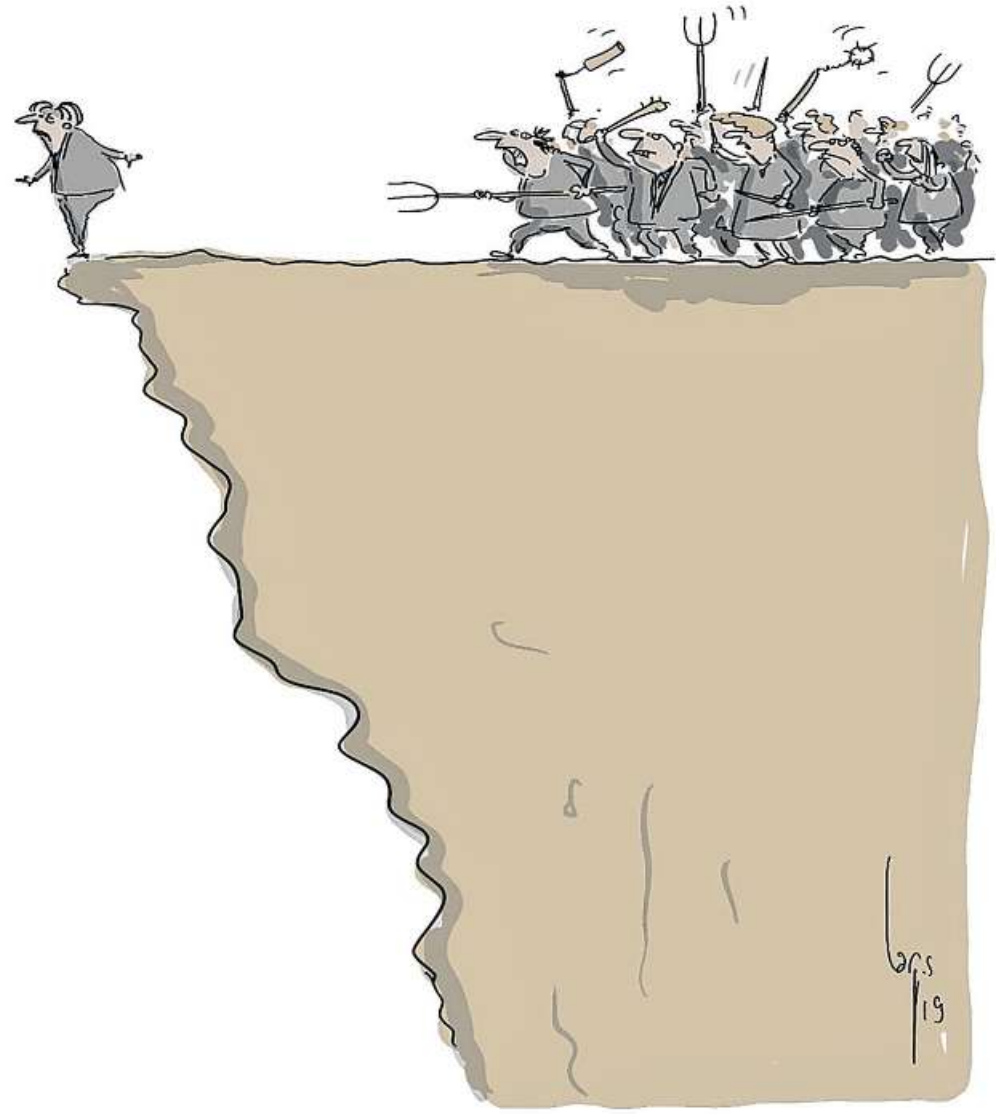
Verlag: Telefon: 04 21/36 71 00 Telefax: 04 21/36 71 10 00

Abonnenten-Service: Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Redaktion: Telefon: 04 21/36 71 00 Telefax: 04 21/36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme: Telefon: 04 21/36 71 66 55
Telefax: 04 21/36 71 11 00 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Regierung und
Parlament
stehen hinter
Theresa May



Mario Lars

Assad verliert sein Alibi für Grausamkeiten



Birgit Svensson
über das Ende des IS

Es hat nicht ganz geklappt. Eigentlich wollten die kurdischen YPG-Milizen zu Beginn ihres wichtigsten Festes des Jahres den Sieg über den IS verkünden. Doch zwei Tage später gilt es auch noch als „Frühlingsgeschenk für die ganze Welt“, wie der Kommandeur der SDF (Syrische Demokratische Kräfte) es bei dem Siegeszug in Baghus am Sonnabend betonte. Dieser kleine unbedeutende Ort direkt an der Grenze zum Irak stand seit Wochen im Fokus der Weltöffentlichkeit: als die letzte Bastion der Terrormiliz, als der letzte Rest des Kalifats. Newroz, das kurdische Neujahrs- und Frühlingsfest, das mit dem Tag des astronomisch berechneten Eintritts der Sonne in das Tierkreiszeichen des Widlers beginnt, erstreckt sich über mehrere Tage. Die Kurden haben also allen Grund zum Feiern.

Die Offensive zur Eroberung von Baghus hatte am 9. Februar begonnen. Bis zuletzt waren dort noch IS-Anhänger auf engstem Raum in einem Zeltlager eingeschlossen, wo sie sich in Gräben und Tunneln eingegraben hatten und erbitterter Widerstand leisteten. In den vergangenen Wochen hatten Tausende IS-Kämpfer aufgegeben und sich den SDF-Truppen gestellt. Sie wurden in Gefangenenlager gebracht und verhört. Auch Zehntausende Zivilisten, darunter Angehörige der IS-Kämpfer, verließen den Ort. Satellitenbilder zeigten, dass ein nicht geringer Teil der Dschihadisten in den Irak floh, andere wurden mit Bussen nach Idlib transportiert – die Stadt, die zum Auffanglager

gestrandeter Rebellen und besieger Islamisten geworden ist.

Dort halten sich sowohl Mitglieder der Freien Syrischen Armee auf, die zu Beginn des mittlerweile acht Jahre dauernden Bürgerkriegs die stärkste Fraktion im Kampf gegen den Diktator in Damaskus bildete, wie auch Mitglieder der aus Al Kaida hervorgegangenen syrischen Al-Nusra-Front und anderer extrem islamistischer Bewegungen. Und nun der IS. Das Kalkül ist, dass diese in Form und Anspruch unterschiedlichen Gruppierungen sich selbst zerfleischen und sich gegenseitig umbringen. Wenn nicht, wird es für

Der IS war in Syrien keine staatsfeindliche Bedrohung – im Gegenteil.

Assad und Co. früher oder später ein Leichtes, sie in Idlib zu eliminieren.

Auch wenn das Kalifat jetzt territorial beendet ist, heißt das noch lange nicht, dass für Syrien bessere Zeiten anbrechen. Ohnehin war der IS, anders als im Irak, in Syrien keine staatsfeindliche Bedrohung, im Gegenteil. Baschar al-Assad brauchte die Gotteskrieger, um der Welt zu zeigen, dass er Terroristen im Lande habe, die es zu bekämpfen gelte. Somit reduzierte er alle Regimegegner auf das Niveau des Islamischen Staates. Es fiel auf, dass die syrischen Regierungstruppen IS-Stellungen mit ihren Bombardements verschonten, keine Gefangenen des IS in syrischen Gefängnissen zu finden sind und auch sonst direkte Konfrontationen weitgehend vermieden wurden.

Mit einer Ausnahme: Palmyra. Um die antike Wüstenstadt gab es erbitterte

Kämpfe. Letztlich gab Wladimir Putin den Ausschlag und machte dem Ringen um die Kontrolle Palmyras durch Luftangriffe ein Ende. Als Triumph spielte ein russisches Symphonieorchester in den Rudimenten der Ruinen, die der IS stehen ließ.

Mit dem Ende des Kalifats verliert Assad nun sein Alibi für die Grausamkeiten, die er seinem Volk mit der Begründung der Bekämpfung des Terrors angetan hat. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass weder Assad noch seine Helfershelfer Russland, Iran und die libanesische Hisbollah den endgültigen Sieg über den IS für sich beanspruchen können, sondern die Kurden im Nordosten des Landes. Denn wo immer sich das verbrecherische Regime ab dem Sommer 2012 zurückzog, füllte die Kurdenmiliz YPG die Lücke.

Für Assad war und ist sie ein pragmatischer Partner, der es nicht auf einen Machtwechsel in Damaskus abgesehen hat, sondern in erster Linie für kurdische Ziele kämpft. Kobane war dafür ein Symbol. In den zurückliegenden Jahren baute die YPG entlang der Grenze zur Türkei eine autonome Verwaltungsregion auf, die von den Kurden als Rojava oder Westkurdistan bezeichnet wird und für Assad ein gewisses Bollwerk gegen die Türkei darstellt. Deren Machthaber Recep Tayyip Erdogan positionierte sich von Anfang an gegen Assad und unterstützte die Opposition massiv. Dass die USA sich mit der YPG gegen den IS verbündeten, konnte dem Diktator in Damaskus nur recht sein.

Assad würde sich deshalb riesig freuen, falls US-Präsident Donald Trump mit seiner Ankündigung des Rückzugs der US-Truppen nach dem Sieg über den IS ernst machen sollte. Denn dann rückten die Kurden wieder näher an Damaskus heran – zwangsläufig. Die Gegnerschaft zu Erdogan würde sie vereinen.

birgit.svensson@weser-kurier.de

Frankfurter Allgemeine Zeitung

zum Mueller-Bericht: „Mit ihrer neuen Devise, Mueller habe gleichsam erst den Startschuss für eine allumfassende Trump-Untersuchung gegeben, gießt die Opposition noch Wasser auf Trumps Mühlen. Der kann weiter von einer ‚Hexenjagd‘ fesseln und dürfte zugleich behaupten, Mueller habe ihn freigesprochen. Es spricht zwar nichts dagegen, dass das Repräsentantenhaus weiteren Verdachtsmomenten nachgeht. Doch sollten die Demokraten Trump nicht den Gefallen tun, über Muellers Werk hinwegzugehen. Der Präsident hat im Wahlkampf gelogen und sich bis ins Weiße Haus hinein mit Leuten umgeben, die das Recht gebrochen und das FBI oder den Kongress getäuscht haben. Dass so vieles davon schon bekanntgeworden ist, macht die Gesamtschau für den Präsidenten nicht weniger verheerend.“

Straubinger Tagblatt

zum Brexit: „Es ist durchaus möglich, dass sich das Volk ein zweites Mal für den Brexit ausspricht. Dann aber hätte es – anders als 2016 – in dem Wissen über die Konsequenzen eine fundierte Entscheidung gegeben, die mehr Parlamentarier akzeptieren könnten. Auch wenn sie selbst gegen den Brexit sind.“

Märkische Oder-Zeitung

zum SPD-Europa-Programm: „Lau‘ oder ‚links‘ – darauf soll es SPD-Chefin Nahles zufolge bei der Europawahl hinauslaufen. Neben den bekannten Nationalisten und Europafeinden haben die Sozialdemokraten eine zweite Kategorie von EU-Gefährdern ausgemacht: die Anämischen, denen es an europäischem ‚Herzblut‘ fehlt. Ob die Erfindung dieses neuen Gegners eine clevere Idee der SPD oder doch eher Ausdruck sozialdemokratischer Verzweiflung ist, werden die kommenden Wochen zeigen. Der Schritt könnte die Sozialdemokraten aus der strategischen Falle eines Wahlkampfes zwischen Europagegnern und Europafreunden befreien. Denn ansonsten wäre es ziemlich egal, ob der Wähler sein Kreuz bei Grünen, SPD oder CSU macht. Keine schönen Aussichten für eine Unter-20-Prozent-Volkspartei.“

Völkerrechtsbruch statt Friedensplan von Trump

Detlef Griesche
über die amerikanische Nahostpolitik

Seit Langem ist der „Friedensplan“ von Trump groß angekündigt. Stattdessen immer neue Fakten zur Verhinderung eines gerechten Friedens. Am 14. Mai 2018 hatten die USA die Verlegung ihrer Botschaft nach Jerusalem mit einer demonstrativen Zeremonie trotz weltweiter Proteste eröffnet. Der offizielle „Amerika Dienst“ zitierte Präsident Trump, er habe: „Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt und den Frieden zwischen Israel und Palästinensern gefördert“.

Der ehemalige Bundesaußenminister Sigmar Gabriel bezeichnete diesen Schritt schon früh als „sehr gefährliche Entwick-

lung“ und dass die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels „nicht einen Konflikt beruhigt, sondern eher ihn noch einmal anheizt“ und mit einem Schlag jede Chance auf eine friedliche Lösung basierend auf der Zwei-Staaten-Lösung zunichte macht. Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, dass eine einseitige Erklärung Israels, Jerusalem als Israels Hauptstadt zu diktiert ein Verstoß gegen Völkerrecht und UN-Resolutionen ist.

Jerusalem hat einen großen symbolischen Wert für Palästinenser, Christen und Muslime. Ost-Jerusalem ist ein integraler Bestandteil der 1967 besetzten Gebiete, weswegen die israelische Souveränität über Ost-Jerusalem auch bis heute international nicht anerkannt ist. Der Status von Jerusalem ist im Rahmen von Endstatusverhandlungen als Kernfrage bilateral zu verhandeln. Einen

Staat Palästina ohne Ost-Jerusalem als Hauptstadt kann es daher auch nicht geben.

Zehn Monate nach der Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem schlossen jetzt die USA das für Palästinenser zuständige Konsulat in der Altstadt von Jerusalem. Es bleibt eine personalmäßig deutlich herunter gestufte „Mini-Abteilung“ in der neuen Botschaft. Damit zeigen die USA, worum es wirklich geht: die Festschreibung der völkerrechtswidrigen Anerkennung Jerusalems als ungeteilte Hauptstadt Israels.

Zukünftig müssen alle konsularischen Angelegenheiten, die das besetzte Westjordanland betreffen, direkt über die Botschaft laufen und die Palästinenser sind damit abhängig von der Einstellung der palästina-kritischen US-Botschaft. Das fügt sich in eine Reihe eindeutiger politischer Maßnah-

men der letzten Zeit ein, wie auch die Schließung der Vertretung der Palästinenser in Washington und die Streichung von Hilfsgeldern an das UN-Hilfswerk UNRWA, wodurch sich die Lage der Palästinenser weiter verschlechtert hat.

Das alles ist keine schöne Perspektive für ein zukünftiges friedliches Nebeneinander.



FOTO: GRIESCHE

Unser Gastautor
ist Vizepräsident der Deutsch-Palästinensischer Gesellschaft. Er ist Universitätsdozent außer Dienst und war von 1982 bis 1991 Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.